

Kaniak fordert Neuwahlen: Reformstillstand und Schuldenlast in Österreich!

FPÖ-Abgeordneter Kaniak kritisiert die Regierung für Reformstillstand und Schuldenpolitik. Neuwahlen gefordert.

Österreich, Land - Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gerhard Kaniak äußert scharfe Kritik an der derzeitigen Regierung unter dem SPÖ-Finanzminister und stellt diese den Vorgängern der ÖVP gegenüber. Kaniak vergleicht die aktuelle Regierungslage mit den Worten Albert Einsteins über sich wiederholende Fehler und zeigt sich pessimistisch hinsichtlich möglicher Veränderungen. In seiner Rede bezeichnet er die Koalition als „schwarz-rot-pink“ und stellt fest, dass sie einen kontinuierlichen Reformstillstand und eine Schuldenpolitik betreiben, die letztendlich auf Kosten der Bevölkerung geht. Sollte die Regierung nicht in der Lage sein, bessere Lösungen zu präsentieren, fordert Kaniak Neuwahlen.

Die Schwierigkeiten, vor denen Österreich steht, sind nicht zu leugnen. Kaniak kritisiert die ÖVP und ihre Koalitionspartner für das Leugnen der wirtschaftlichen Realität. Laut seinen Aussagen sind die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme unzureichend. Österreich hat sich während der Corona-Pandemie erheblich verschuldet, mehr als andere europäische Staaten, was er auf die Lockdowns und die restriktiven Maßnahmen zurückführt. Diese Strategien, so Kaniak, haben eine Dauerrezession zur Folge, die Österreich zum „europäischen Schlusslicht“ machen.

Wirtschaftliche Lage und Haushaltsdefizite

Die gegenwärtige Schuldenlast Österreichs, die Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger umfasst, beläuft sich auf rund 402 Milliarden Euro. Ökonomen warnen, dass die aktuelle Situation potenzielle „Liquiditätsprobleme“ birgt, besonders in Anbetracht einer bedeutenden Staatsanleihe in Höhe von neun Milliarden Euro, die im April fällig wird. Margit Schratzenstaller vom Wifo und Markus Stix von der OeBFA stellen jedoch fest, dass Österreich voraussichtlich nicht zahlungsunfähig sein wird **berichtet die Kleine Zeitung**.

Die Regierung hat seit Anfang Januar ein automatisches Budgetprovisorium eingeführt, das die Ausgaben auf dem Niveau des Vorjahres und die Neuverschuldung auf die Hälfte der möglichen Finanzschulden für 2024 beschränkt. Ein Defizitverfahren könnte jedoch eingeleitet werden, abhängig von der Überprüfung im Mai durch die EU-Kommission und einem glaubwürdigen Konsolidierungsplan. Ratingagenturen beobachten Österreich aufgrund der politischen Unsicherheit und der steigenden Verschuldung, was sich negativ auf die Kreditaufnahme auswirken könnte.

Finanzierungsbedarf und Zukunftsperspektiven

Der nettofinanzielle Bedarf des Bundes von Jänner bis September 2024 wird auf 15,4 Milliarden Euro geschätzt, was eine 13,1 %ige Steigerung der Auszahlungen im Vergleich zum Vorjahr beinhaltet. Höhere Pensionsausgaben, ein neuer Finanzausgleich und ein ansteigender Personalaufwand sind die Hauptgründe für diese Entwicklung. Gleichzeitig sind die Einnahmen, insbesondere aus dem Umsatzsteueraufkommen und dem Immobiliensektor, schwach, während dynamische Entwicklungen bei Lohnsteuer und dividendenbasierte Einnahmen erkennbar sind **hat das Parlament festgestellt**.

Insgesamt deutet sich an, dass der erwartete Maastricht-Defizit für 2024 laut schätzungen des BMF bei 3,3 % des BIP liegen

wird, während Fiskalrat und EU-Kommission ein höheres Defizit von 3,9 % bzw. 3,6 % erwarten. Diese Entwicklung könnte die öffentliche Schuldensituation näher an die 79,3 % des BIP bringen, was die finanziellen Herausforderungen Österreichs verdeutlicht.

Zusammengefasst muss eine neue Regierung tragfähige und glaubwürdige Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen, um die steigenden Finanzierungsbedarfe und die unbefriedigende wirtschaftliche Realität zu bewältigen. Bis dahin bleibt Kaniaks Pessimismus hinsichtlich der aktuellen Regierung nicht unwidersprochen, da viele Bürger von einer grundlegenden Wende im österreichischen Schulden- und Reformkurs überzeugt sind.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Österreich, Land
Quellen	• www.ots.at • www.kleinezeitung.at • www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at